

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 76 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH

- Vorsitzender der Geschäftsführung -

Herrn Hartmut Mehdorn

12521 Berlin

Eichwalde, den 29. August 2014
Az.: Io. + EG

Ihr Schreiben vom -
Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom 22. Juli 2014

Umsetzung von Maßnahmen des Schallschutzes

im unmittelbaren Umland des BER

im Blickwinkel des Urteiles OVG 10 A8.10

ZUR NICHTIGKEITSERKLÄRUNG DES LEP B-B EX TUNC IPSO IURE

Sehr geehrter Herr Mehdorn,

bezugnehmend auf Ihre Einschätzung zur Wahlbeeinflussung der Schallschutz-Diskussion gemäß Ihrem "Liebe Nachbarn"-Editorial in der September-Ausgabe von BERaktuell, heutige MAZ-Pressemeldungen zum BER-Projekt und der Rücktrittsankündigung des BER-Aufsichtsratsvorsitzenden und Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, sehe ich mich veranlaßt, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Bereits mit Schreiben vom 22. Juli 2014 hatte ich mich mit vorgenanntem Betreff an den BER-Schallschutzbeauftragten, Herrn Peter Lehmann, gewandt, welcher auch der Redaktion von BERaktuell angehört, und mitgeteilt, daß analog dem aktuellen OVG-Urteil für das FBB-"Sprint-3-Programm" zum Schallschutz nun jegliche Rechtsgrundlage entfallen sei, weil auch dieses Programm sich im Widerspruch zu geltendem übergeordnetem EU-Recht befinde und die Flughafengesellschaft hierfür auch nicht über die gesetzlich erforderliche Rechtsetzungsbefugnis verfüge.

Da weder das übergeordnete EU-Recht zitiert noch eingehalten wurde, verstoße damit das FBB-Schallschutzprogramm gegen die Landesverfassung Brandenburgs und sei damit ex tunc ipso iure rechtlich nichtig.

Ihre Einschätzung, die Schallschutzdiskussion werde durch den Wahlkampf "aufgeheizt" ist aus gleichem Grunde unzutreffend.

- 1969-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftsthemen in zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schwemaschinenbau und Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektronik-Technologie, Humboldt-Universität zu Berlin, Sekt. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promovierung als Externer mit Untersuchungen zur Systematisierbarkeit von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulations- und algorithmischen Programmen;
- 1972,1974 Pichtpreisträger und Humboldtpreisträger der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik und technische Fächer
- 1950-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer Grundsatzfragen im DEUTSCHEN METEOROLOGISCHEN VERBAND (DMV)
- 1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des Landessozialrates Cottbus
- 1953-73 Selbständiger Konstrukteur
- 1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende Standardisierung/Normung
- 1994 Bauleitplaner
- um 1960 Veröffentlichung "Zum Thema Preistofftoleranzen" mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Chargen für Duroplast-Fornstoffteile, PLASTE UND KAUTSCHUK
- 1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus zum Austauschbau Plastverarbeitung (Verhinderung der Einführung des sowjetischen Ost-Toleranz- und Passungssystems zugunsten der Einführung des internationalen ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystems
- 1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik in der Volkswirtschaft i.A. des ASW Berlin (Teil: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil2: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Netzplan, Kosten-Nutzen-Analyse) mit den Co-Autoren Dr. Wilfried Schaaf, Zentrallaboratorium für Plastikverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Straußwitz, TU Dresden
- 1968-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu arithmetischer Toleranz (worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung von Fertigungskostenminimierung durch größere Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)
- um 1970 Ermittlung der Parameter des Kunststoffverarbeitungsprozesses von Duroplastformteilen aus Abmaß-Rüchfigkeits-Verteilungen, Eröffnungsvortrag der Sektion Plastikverarbeitungstechnik einer der Internationalen Fachtagungen PLASPraxis der Kammer der Technik, Dresden
- um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Fünfjahresplanes der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verhinderung der Einführung der sowjetischen Zuverlässigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und Regelungstechnik)
- 1980 Dissertationsskizzenfassung in FINGERKÄRTETECHNIK 29(1980) H.4 S.182
- Jan.1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit ökonomischen Stimuli über NÖRES FORUM an Zentralen Runden Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Bämpfung) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (feste Wechselkurse) an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen noch vor der EURO-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur EURO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg
- 2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Bewältigung der Welt-Finanz- und Wirtschaftskrise sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Entwurfsprozesses Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge, Vorschläge, Ausarbeitungen und Presse-Informationen und -Erklärungen im Rahmen der EICHWALDER BE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM (vgl. <http://berlin-brandenburg-21.de> sowie www.eichwalde.com und www.bbfb-ev.de)

Die vorgen. rechtlichen Fakten spiegeln sich allerdings bisher weder in BERaktuell noch m. E. in sonstiger Presseberichterstattung wider und fanden aus zeitlichen Gründen augenscheinlich noch nicht einmal in dem aktuellen BER-Flyer Beachtung, welcher z.Z. vom Um-landgemeindenverband gemeinsam mit einigen großen Vereinigungen von BER-Projekt-Kritikern in großer Auflage in Umlauf gebracht wird.

Und dies, trotzdem aus analogen Gründen auch die Geschäftsgrundlage für das gesamte BER-Projekt wegen Verstößen gegen die Brandenburger Landesverfassung entfallen ist, so daß z.B. auch der LEP FS, der PFB und der PFBerg ex tunc ipso iure rechtlich nichtig wurden!

Zwar ließ Frau Staatssekretärin Tina Fischer in der BLiZ-Veranstaltung zum Schallschutz am Dienstag dieser Woche in Zeuthen m.W. verlauten, daß man sich beim BER-Projekt nun in einer neuen Planungs-Phase befände und dabei auch aktuelle neue Erkenntnisse berücksichtigt werden könnten, aber auch dies fand weder in der gestrigen noch heutigen MAZ-Berichterstattung Berücksichtigung.

Berücksichtigt hat die neue Rechtslage sowie Ihre bereits Anfang der Woche abgegebene Erklärung, daß der BER anfangs nur 21 Mill. statt 27 Mill. Fluggäste abfertigen könne, augenscheinlich bisher allein Herr Wowereit, indem er seinen Rücktritt von seinen zwei wichtigsten Ämtern ankündigte, nämlich als BER-Aufsichtsratsvorsitzender wie als Regierender Bürgermeister.

Letzteres geschah sicherlich auch in Kenntnis der Aufforderungen an Herrn Landtagspräsident Gunter Fritsch zur Veröffentlichung des Ergebnisses des angenommenen Volksbegehrens im GVOBL.Bbg., verbunden mit der Abkehr vom BER als Single-Flughafen im Berliner Raum, vom 20. Juli 2014 aus Schulzendorf und zur Nichtigkeitserklärung aller nicht verfassungsgemäßen BER-Rechtsakte ex tunc ipso iure vom 19. Juli 2014 aus Eichwalde, da ja in Berlin BER-Projekt-Kritiker gem. Pressemeldungen unter Beobachtung stehen und auch Berliner BIs zu den Akteuren und Empfängern vieler aktueller BER-Schriftstücke kritischer Art gehören.

Da der Rücktritt von Herrn Wowereit auf die Zeit nach den Wahlen verschoben wurde und seitens der Landesregierung Brandenburg nicht nur die Diskussion um die Aufsichtsratsvorsitzbesetzung bis dahin offen gelassen wurde, sondern auch bisher noch keine eindeutige positive Reaktion zur Rechtsgültigkeitserklärung des Volksbegehrens bzw. zur Nichtigkeitserklärung von BER-Rechtsakten erfolgte, ist wahlkampfbezogen weit eher ein Aufschieben der Schallschutzdiskussion konstaterbar, als die Ihrerseits zitierte "Anheizung".

Daß nach dem 14. September ds. Jhrs. zumindest die Chance auf mehr Sachlichkeit hierzu besteht - darin stimme ich mit Ihnen überein, allerdings aufgrund der meinerseits hierzu angeführten Argumente.

Im Übrigen habe ich erfreut aus dem BERaktuell-Beitrag "Vom Terminal bis zur Abstellkammer" entnommen, daß für das Pier Nord in den zwei Jahren nach zuletzt geplanter BER-Inbetriebnahme bereits die richtigen Raumnummern erarbeitet wurden und damit für das Pier Süd und das Flughafenterminal nun damit ebenfalls begonnen werden könne - als Voraussetzung für die erforderliche Umplanung der Entrauchungsanlage. Vielleicht könnten hierfür Ihre hochdotierten Berater-Studenten eine Raumbezeichnungssystematik erarbeiten, damit die restlichen Numerierungsarbeiten in weniger als zwei Jahren abgeschlossen werden könnten??? Dies wäre auch für eine Umnutzung sicherlich von Nutzen!

Da Sie mich im BERaktuell-Editorial als "Lieber Nachbar" ansprachen, möchte ich mich ferner hierfür auch noch insofern erkenntlich zeigen, daß ich mir erlaube, Ihnen zu raten, zum BER-Projekt schnellstmöglich eine verfassungskonforme Position einzunehmen und durchzusetzen, da sonst m.W. für Sie als Berliner Bürger die unangenehme Situation eintreten könnte, als Verfassungsgegner nun anstelle der bisherigen BER-Kritiker unter polizeiliche Beobachtung gestellt zu werden. Bezugnehmend auf die heutige MAZ-Meldung zu Wochenendflügen: Wollen Sie die BER-Südbahn auch ohne Schallschutzabschluß so peu-a-peu in Betrieb nehmen? Dies widerspräche dem ICAO Doc.9184 als EU-Rechtsbasis, wäre also ebenfalls verfassungswidrig! Ihrer Rückantwort sehe ich mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. G. Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT